

demokratie



Magazin für Beteiligung und direkte Demokratie | Ausgabe 01.22

*WER SIND
„DIE ANDEREN“ ...*

*... IN EINER
DEMOKRATIE?*

Koalitionvertrag

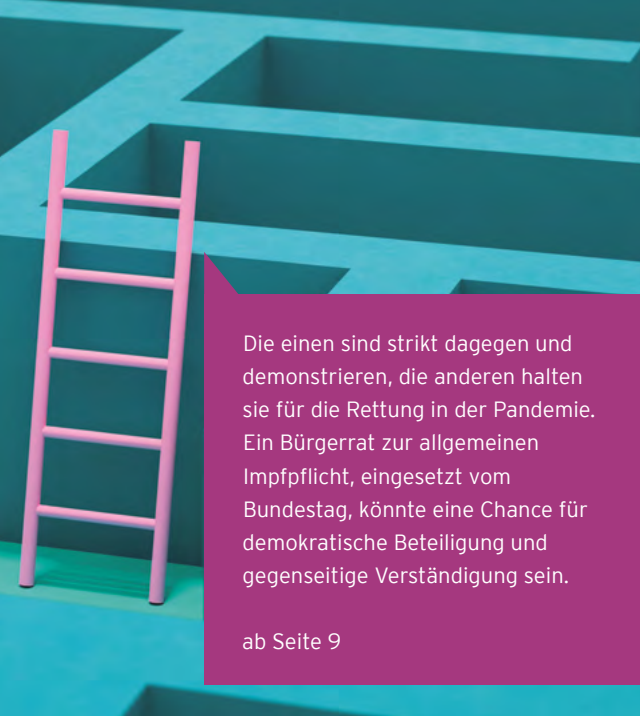
Ein Fortschritt für die Demokratie?

Debatte zur Impfpflicht

Die Chance für einen Bürgerrat

Italien

Frühlingserwachen für die direkte Demokratie



Die einen sind strikt dagegen und demonstrieren, die anderen halten sie für die Rettung in der Pandemie. Ein Bürgerrat zur allgemeinen Impfpflicht, eingesetzt vom Bundestag, könnte eine Chance für demokratische Beteiligung und gegenseitige Verständigung sein.

ab Seite 9



Der Weg von der Smart City zur Common City liegt in der bürgernahen Beteiligung und in den für alle Menschen offen zugänglichen Daten. Dann könnte Digitalisierung Menschen zusammen führen statt sie zu vereinzeln und zu kontrollieren.

ab Seite 18



Die verfassungsgebende Versammlung in Chile, entstanden aus sozialen Protestbewegungen und repräsentiv von unten gewählt, kann das Land gerechter und ökologischer machen und ein Beispiel auch für andere Länder werden.

ab Seite 36

Inhalt

Koalitionsvertrag

- 4 Rückblick Bundestagswahl 2021
- 8 Da ist mehr drin, als wir dachten!

Coronakrise

- 9 Die Krise als Chance - für einen Bürgerrat zur Impfpflicht!

Volksbegehrensbericht

- 11 Eine Tendenz für mehr Umweltschutz

Bürgerbeteiligung

- 13 Von der Politik des Gehörtwerdens zur Politik des Mitwirkens

Bundesverdienstkreuz

- 16 Bundesverdienstkreuz für Angelika Gardiner

Smart City

- 18 Clever durch digital

Demokratische Innenräume

- 22 Demokratie vollständiger denken
- 26 Demokratieforschung: Polarisierung in Krisen überwinden

Europa

- 30 Europas großes Demokratie-Experiment

Italien

- 33 Überraschender Frühling für die Direkte Demokratie

Chile

- 36 Eine verfassungsgebende Versammlung von unten

Historisches Beispiel

- 39 Warum die direkte Demokratie im Grundgesetz fehlt

Rezension

- 42 Joachim Raschke: Die Erfindung der modernen Demokratie

FAQ

- 44 Wie geht Mehr Demokratie mit Corona um?

MD Intern

- 45 Da geht es lang!
- 47 Termine Bundesmitgliederversammlungen 2022

Ländertelegramm

- 48 Neues aus den Landesverbänden

Der demokratische Spruch

- 50 Schiller/Goethe

Liebe Leserinnen und Leser,

Es scheint in Mode gekommen, seine Meinung wie eine Betonplatte auf den Boden fallen zu lassen und sich dann draufzustellen. Da liegt sie die Betonplatte, das ist meine Meinung, da steh ich drauf - und pfeif auf eure. Betonplatten können eine Fläche schön dicht machen, andererseits wächst dann nichts mehr. Zwischen uns.

Darum geht es in diesem Heft, ums Zuhören, um Resonanz. Auch um differenzierte Betrachtungen. Beispielsweise des Koalitionsvertrages. Die Bürgerinnen und Bürger sollen stärker beteiligt werden. Wie und wozu - da könnte auch für die Regierung dieses Heft anregend sein. In Sachen Bürgerbeteiligung jedenfalls lässt der Koalitionsvertrag hoffen. Die direkte Demokratie aber lässt er vermissen. Dabei könnte sie helfen bei der ökologisch-sozialen Transformation. Das zeigt gleich auf den folgenden Seiten die Analyse der bisherigen Volksinitiativen in Sachen Umweltschutz. Uns bleibt, jedenfalls für die Bundesebene, der Rückblick auf die Historie. Entwicklungen deuten sich eher in Italien als in Deutschland an. Auch dazu finden Sie Beiträge in diesem Heft.

Noch kurz vor Redaktionsschluss haben wir sie übergeben, die 93.850 Unterschriften für eine echte Reform des Bundestagswahlrechts. Das Motto unseres Aufrufes: Von XXL zurück auf L. Das meint die Größe des Bundestages. Von der langen Bank zurück auf den Verhandlungstisch, das verlangen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner.

Frühlingsbunt ist dieses Heft.

Lassen Sie sich inspirieren.



Ihr Ralf-Uwe Beck
Bundesvorstandssprecher



Ralf-Uwe Beck,
Bundesvorstandssprecher
von Mehr Demokratie.



Rückblick Bundestagswahl 2021

Im letzten Heft zur Bundestagswahl 2021 haben wir an dieser Stelle unsere Bundeskampagne für Bürgerräte vorgestellt und die Sprecherinnen und Sprecher des Bundesvorstandes von Mehr Demokratie haben ihre Erwartungen an die neue Regierung formuliert. Jetzt ziehen die gleichen Autoren ein erstes Resümee und bewerten die Erfolge und Defizite des Koalitionsvertrages.

Mehr Bürgernähe in Sicht!

von Claudine Nierth, Bundesvorstandssprecherin von Mehr Demokratie

Wenn sich alle in Sachen Volksabstimmung so einig wären wie bei den Bürgerräten, dann stünden diese jetzt im Koalitionsvertrag. Bürgerräte, das scheint sicher, wird die neue Bundesregierung in dieser Wahlperiode nutzen, um die Entscheidungsfindung zu verbessern. So steht es jedenfalls im neuen Regierungsprogramm: „Wir wollen die Entscheidungsfindung verbessern, indem wir neue Formen des Bürgerdialogs wie etwa Bürgerräte nutzen, ohne das Prinzip der Repräsentation aufzugeben. Wir werden Bürgerräte zu konkreten Fragestellungen durch den Bundestag einsetzen und organisieren. Dabei werden wir auf gleichberechtigte Teilhabe achten. Eine Befassung des Bundestages mit den Ergebnissen wird sichergestellt.“

Im Klartext bedeutet das, dass Bürgerräte auf Bundesebene etabliert werden und die „Sicherstellung der Befassung“ der erste Schritt in eine rechtliche Verankerung wird. Damit ist die Forderung von Mehr Demokratie erfüllt. Zumindest erst einmal auf dem Papier.

Wir können damit rechnen, dass in dieser Legislatur vielleicht zwei bis vier Bürgerräte eingesetzt werden und die Ergebnisse in die Arbeit des Parlaments mit einfließen und die gemachten Erfahrungen weiter ausgewertet werden. Zu welchen Themen ist allerdings noch offen. Mit jedem Bürgerrat wird sich das Modell verbessern und das Verfahren verfeinern, um dann grundsätzlich etabliert und gesetzlich verankert zu werden. Zu Beginn wird es reichen, über einfache Beschlüsse, zum Beispiel durch den Ältestenrat, Bürgerräte einzuberufen. Auch könnte eine einfache



„Mit jedem Bürgerrat wird sich das Modell verbessern und das Verfahren verfeinern, um dann grundsätzlich etabliert und gesetzlich verankert zu werden.“

Änderung der Geschäftsordnung des Bundestages dies ermöglichen. Nach der Auswertung weiterer Erfahrungen könnte dann eine allgemeine Regelung zum Beispiel in ein Beteiligungsgesetz münden. Darin könnte genau geregelt werden, wer wann, mit welchen Mehrheiten und zu welchen Themen Bürgerräte initiieren kann und wie mit den Ergebnissen umgegangen werden muss.

Das ist ein guter Anfang. Die Regierung wird sich hier sicher auch auf die Unterstützung der Oppositionsfraktionen verlassen können, denn bisher haben sich bis auf die AfD alle Fraktionen – auch nach den positiven Erfahrungen mit dem ersten Bürgerrat zu Deutschlands Rolle in der Welt – für den Ausbau von Bürgerräten ausgesprochen.

Ein weiterer Satz zur Verlebendigung der Demokratie lässt mich aufhorchen: „Wir wollen die Qualität der Gesetzgebung verbessern. Dazu werden wir neue Vorhaben frühzeitig und ressortübergreifend, auch in neuen Formaten, diskutieren.“

Mit dieser Formulierung besteht zumindest die Möglichkeit, die Arbeitsstrukturen des Parlaments zu überdenken und zu verbessern, sowie Modelle moderner und transparenter Gesetzgebung zu erproben.

Der Koalitionsvertrag und die Antrittsrede der neuen Parlamentspräsidentin Bärbel Bas kündigen vor allem eins an: Mehr Bürgernähe! Das lässt hoffen. Taten müssen folgen.

Für Mehr Demokratie finden sich auf jeden Fall gleich mehrere Ankerpunkte im Koalitionsvertrag, in die wir uns mit unserer Arbeit und unseren Forderungen konstruktiv einbringen können und müssen. Erste Gesprächsanfragen unsererseits laufen bereits. Wir haken nach, wir bleiben dran!

Auch wenn uns die bundesweite Volksabstimmung mit dieser Regierung noch verwehrt bleibt, ein Tenor ist unüberhörbar: Die Bürger sollen willkommener sein! /

Transparenz: Nieder mit Nimby

von Marie Jünemann, Bundesvorstandssprecherin von Mehr Demokratie

Nimby - das ist ein Begriff aus der Umweltpolitik, ich finde ihn für Demokratiep politik aber noch viel passender. Nimby steht für „Not in my backyard“, ich übersetze es gern mit: „Nicht in meinem Vorgarten“. Eine Nimby-Einstellung in der Politik beobachte ich seit Jahren vor allem beim Thema Transparenz. Transparenz als demokratische Grundlage, als Grundwert an sich - dem stimmen alle Parteien gut und gerne zu. Doch wenn es an die Umsetzung geht, dann werden die Verfechterinnen und Verfechter dieses Grundprinzips auf einmal ganz leise.

Dass nun ein Bundestransparenzgesetz im Koalitionsvertrag steht, ist gut. „Wir wollen durch mehr Transparenz unsere Demokratie stärken. Uns leiten die Prinzipien offenen Regierungshandelns - Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit. Wir werden das Lobbyregistergesetz nachschärfen, Kontakte zu Ministerien ab Referentenebene einbeziehen und den Kreis der eintragungspflichtigen Interessenvertretungen grundrechts-schonend und differenziert erweitern. Für Gesetzentwürfe der Bundesregierung und aus dem Bundestag werden wir Einflüsse Dritter im Rahmen der Vorbereitung von Gesetzesvorhaben und bei der Erstellung von Gesetzentwürfen umfassend offenlegen (sog. Fußabdruck).“ (S. 10) Konkret heißt es weiter: „Wir werden den Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung und -bestechlichkeit wirksamer ausgestalten.“ Die legislative Fußspur wird also das Lobbyregister ergänzen und Einflüsse auf die Gesetzgebung damit künftig transparenter machen. Zusam-



„Transparenz ist ein Metathema, es betrifft jeden Politikbereich. Deshalb brauchen wir ein breites Bündnis, um eine Reform glaubhaft und mit guten Argumenten voranzubringen.“

men mit einer Neufassung des Straftatbestands sind dies deutlich strengere Lobbyregeln. Und: „Die Informationsfreiheitsgesetze werden wir zu einem Bundestransparenzgesetz weiterentwickeln.“ Dies bedeutet eine Umkehr der Holschuld in die Bringschuld. Bürgerin-

nen und Bürger können dann nicht nur nachfragen, sondern der Staat muss Daten und Informationen von sich aus veröffentlichen.

Drei zentrale Aufgaben haben wir von Mehr Demokratie jetzt vor uns. Erstens: Der Transparenz-Elan von neuen Regierungsparteien schläft meist ein, wenn sie es sich in ihren neuen Positionen bequem gemacht haben. Mehr Demokratie muss darauf hinwirken, dass das Vorhaben zügig zu Beginn der Legislatur angegangen wird. Zweitens, und noch wichtiger: Nur weil etwas Transparenzgesetz heißt, ist nicht unbedingt mehr Transparenz drin. Die Veröffentlichungspflichten der Politik und Verwaltung können gestärkt, gleichzeitig aber mehr Schlupflöcher eingeführt werden. Wir müssen aufpassen, dass mit dem Bundestransparenzgesetz keine „Verschlimmbesserung“ verabschiedet wird.

Wenn wir diese beiden Aufgaben angehen, steht einem guten Transparenzgesetz theoretisch nichts mehr im Weg. Aber, drittens: um das zu bewältigen, braucht es nicht nur uns. Transparenz ist ein Metathema, es betrifft jeden Politikbereich. Deshalb brauchen wir ein breites Bündnis, um eine Reform glaubhaft und mit guten Argumenten voranzubringen. Organisationen aus dem Umwelt-, dem Sozial- und dem Demokratiebereich sind gefragt. Damit wir am Ende allen zeigen können: Transparenz im eigenen Vorgarten ist gar nicht so schlimm. Sie ist der Samen, um die gesellschaftliche Debatte, ja das Vertrauen in die Politik zum Blühen zu bringen. /

Wahlrecht, Petitionen und Diskurse

von Ralf-Uwe Beck, Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie

Die Koalition macht in Sachen Bürgerbeteiligung zwei Schritte vor, aber bei der direkten Demokratie einen deutlichen Schritt zurück. Da wird Mehr Demokratie neu zu überlegen haben. Vielleicht lässt sich das Vorhaben, öffentliche Petitionen in Ausschüssen und im Plenum beraten zu wollen, zu einer Volksinitiative oder einem Bürgerantrag aufpäppeln. Immerhin könnte damit das Parlament gezwungen werden, das Anliegen auf die Tagesordnung zu nehmen und in den parlamentarischen Gang zu bringen. Dafür aber wäre vermutlich eine Grundgesetzänderung notwendig. Und für die wiederum bräuchte es Gespräche mit der CDU, was allein schon die Debatte um den Ausbau der Bürgerrechte beleben würde. Selbst wenn sich die Reform tatsächlich in diese Richtung treiben ließe, wäre das noch kein Einstieg in die direkte Demokratie, ein deutlicher Fortschritt schon.

Das Wahlrecht muss reformiert werden. Hier legt der Koalitionsvertrag ordentlich vor. Dieser immer und immer wieder vergrößerte Bundestag wird als Problem markiert, das angegangen werden soll. Das verlangt auch der Aufruf von Mehr Demokratie unter dem Motto „Von XXL zurück auf L“. Allerdings wollen wir mehr: Sperrklausel senken, Ersatzstimme einführen, Proteststimme ebenso. Da die noch vor der Bundestagswahl eingesetzte Wahlrechts-Kommission bestehen bleiben soll, bleibt zu hoffen, dass die von Zoom auf Weitwinkel umsteigt und eine umfänglichere Reform vorschlägt. Beim Wahlalter sind sich die Koalitionäre einig: runter auf 16 Jahre. Das entspricht auch der Forderung von Mehr Demokratie. Für die EU-Wahl kann die Koalition dies mit ihrer Mehrheit beschließen, für die Bundestagswahl allerdings bräuchte es eine Zwei-Drittel-Mehrheit, die es ohne die CDU nicht geben wird. Die aber mauert und schus-

selst sich dafür eine Argumentation zu recht, nach der das Wahlalter an die Volljährigkeit gekoppelt sein müsse. Das demokratische Existenzminimum ist aber nicht nur für Jugendliche zu erkämpfen, sondern auch für Ausländerinnen und Ausländer, die schon länger in Deutschland leben. Das steht nicht im Koalitionsvertrag, gehört aber mindestens debattiert.

Es klingt nicht nach einem bahnbrechenden Vorhaben, hat aber die Lizenz, für mehr Bürgerbeteiligung bei der Gesetzgebung zu sorgen: „ein digitales Gesetzgebungsportal“, wie es im Koalitionsvertrag heißt. Das kennen wir aus Thüringen. Es wurde dort auf Drängen von Mehr Demokratie eingeführt. Damit können Gesetzentwürfe, die gut aufbereitet und mit Fragen versehen sind, von Bürgerinnen und Bürger kommentiert werden. Interessant wird sein, wie mit den kritischen Anmerkungen in den Ausschüssen umgegangen wird. Aber darum können wir uns später kümmern. Richtig ist der Vorstoß allemal.

Einen Schlussspunkt will die Koalition unter das unwürdige Gezerre um die Gemeinnützigkeit von Organisationen setzen, die politisch arbeiten: „Wir wollen gesetzlich klarstellen, dass sich eine gemeinnützige Organisation innerhalb ihrer steuerbegünstigten Zwecke politisch betätigen kann ..., ohne ihre Gemeinnützigkeit zu gefährden.“ Das klingt nach einem Plädoyer für eine starke Zivilgesellschaft. Die wird es auch brauchen, damit die Vorhaben der Koalition auch umgesetzt und so umgesetzt werden, dass ein mehr an Demokratie dabei herauskommt. /



„Vielleicht lässt sich das Vorhaben, öffentliche Petitionen in Ausschüssen und im Plenum beraten zu wollen, zu einer Volksinitiative oder einem Bürgerantrag aufpäppeln.“



Koalitionsvertrag:
Bürgerräte einführen



Da ist mehr drin, als wir dachten!

Ein Rückblick auf die Ergebnisse der Mehr Demokratie-Kampagnen von Anselm Renn

Es war am letzten Mittwoch im November, kurz vor 15 Uhr, als wir den frisch gebackenen Koalitionsvertrag in den Händen hielten. Nach dem ersten Lesen waren wir ordentlich erleichtert: die Bürgerräte sind keinem Deal zum Opfer gefallen, sondern haben es in den Vertrag geschafft! Die Ampel möchte Bürgerräte einsetzen, sie organisieren und sicherstellen, dass die Ergebnisse im Bundestag diskutiert werden. Der Vertrag verspricht darüber hinaus noch viel mehr:

Die Verkleinerung des Bundestags, Wahlalter ab 16 Jahren, bessere Lobbykontrolle, ein Bundes-Transparenzgesetz und der Ausbau des Petitionsrechts. Letzteres kann ein erster Schritt in Richtung einer Volksinitiative sein, mit der Bürgerinnen und Bürger Themen auf die Agenda des Parlamentes setzen können.

Unsere beiden Kampagnen zu Bürgerräten und die selbstorganisierten Volksabstimmungen von Abstimmung21 waren erfolgreich. Wenn wir ganz ehrlich sind: Das Ergebnis unserer Arbeit übertrifft unsere Erwartungen. Dafür haben wir mit Ihrer Unterstützung gesorgt!

„Jetzt mal halblang“, denken Sie jetzt bestimmt. „Das zieht die Ampel doch sowieso nicht alles durch. Vollkommen unrealistisch.“ - Ja, das kann schon sein. Aber deswegen gibt es ja uns: Mehr Demokratie.

Wir arbeiten seit jenem grauen Mittwoch im November schon wieder daran, dass die neue Regierung ihren Elan bei den Demokratie-Themen aufrechterhält und handelt. Das bunte Buffet an Maßnahmen bedeutet für uns vor allem: das werden intensive und herausfordernde vier Jahre. Richtig gemacht kann es eine Legislaturperiode der Demokratiereformen und der Bürgerbeteiligung werden! /

Koalitionsvertrag 2021–2025



- Bürgerräte
- Mehr Lobbykontrolle
- Bundestransparenzgesetz
- Verkleinerung Bundestag
- Wahlalter 16
- Bundesweiter Volksentscheid



Anselm Renn
Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeiter bei Mehr Demokratie.

CLEVER DURCH DIGITAL

von Simon Strohmenger



Für eine bürgernahe Stadt rückt ein alter Ausspruch wieder in den Mittelpunkt: Wissen ist Macht! Mit der Digitalisierung ist es so einfach wie nie, Wissen zu erzeugen und dies allen zur Verfügung zu stellen.

Werden wir in naher Zukunft in futuristischen Städten leben mit Flugtaxis und autonomen Verkehr? In sauberen und grünen Straßen fernab jeglicher Kriminalität? Wahrscheinlich nicht. Dennoch gibt es auf kommunaler Ebene kaum etwas, das inflationärer benutzt wird und mit so vielen Hoffnungen besetzt ist, wie der Begriff „Smart City“ (ursprüngliche Bedeutung von smart: clever, jetzt digital). Alleine in den letzten drei Jahren wurden 800 Millionen Euro Bundesmittel in 71 Kommunen investiert, die als Modellprojekte das Stadtleben der Zukunft erproben sollen.

Damit soll zum einen dem Megatrend „Digitalisierung“ Rechnung getragen werden, der alle unsere Lebensbereiche mehr und mehr beeinflusst. Zum anderen steht hinter dem Konzept die Hoffnung, den Krisen, wie Klimawandel, Verkehrskollaps und Wohnungsnot, mit modernster Technologie gegenzusteuern.

Dafür sollen Daten und Algorithmen (Künstliche Intelligenz) z.B. unsere personell ausgedünnten Verwaltungen effizienter und offener machen, Smarte Ampeln den Verkehr effektiver leiten, SmartMeter die Energieversorgung lenken und den Verbrauch senken, und smarte Kameras mit Gesichtserkennung sorgen für Sicherheit im öffentlichen Raum.

Digital wird Real - wie Plattformen unsere Stadt beeinflussen

Dabei ist unsere Lebensrealität auch jetzt schon „smarter“ als uns gelegentlich bewusst ist. Denn schon durch unsere private Nutzung erobern digitale

Plattformen immer mehr unsere Welt. Unterwegs zu Kontakten, die wir über Facebook, Tinder oder Parship gefunden haben, nutzen wir vermehrt ShareNow oder Uber und orientieren uns dabei mit GoogleMaps. Wir sollten uns aber darüber im klaren sein, dass die Wege, die wir nehmen, unser Stadtbild beeinflussen. Denn ist es nicht auf Maps sichtbar, ist es nahezu nicht existent. Eine Umleitung von Fußgängern in eine andere Straße kann aber Geschäfte ruinieren und Mietpreise explodieren oder fallen lassen.

Dabei ist es ein Grundprinzip der GAFAM (Google, Amazon, Facebook, Apple, Microsoft), ihren Nutzern eine Welt angepasst an ihren Vorlieben und Bedürfnissen zu präsentieren. Wir bewegen uns also alle in unserer eigenen digitalen Realität, die exakt auf uns zugeschnitten ist. Dementsprechend wird uns immer eine bestimmte Art sozialer Kontakte und Orte vorgeschlagen.

Städte waren jedoch immer Schmelztiegel verschiedener Kulturen. Hier treffen unterschiedliche Gruppen mit verschiedenen Weltbildern zusammen, beeinflussen sich und bereichern so die Gesellschaft im Gesamten. Mit den oben genannten Entwicklungen droht aber eine verstärkte Segregation, wobei die ökonomisch schwächsten Gruppen dabei immer weiter aus dem Zentrum verdrängt werden. Die soziale Ungleichheit würde somit also nicht aufgelöst - eines der großen Versprechen der Digitalisierung - sondern weiter verstärkt.

Schauen wir etwas über den städtischen Tellerrand, sehen wir zudem die Gefahr der Kontrolle und Disziplinierung über eine ständige Datenerfassung. So

wohl der Weg der chinesischen Staatsüberwachung als auch der Überwachungskapitalismus schimmern schon durch die glänzende Fassade der neuen smarten Stadt.

Wollen wir diese aber bürgernah gestalten, braucht es ein digitales Recht auf die eigene Stadt. Es gilt also die Plattformen aus unseren Städten zu verbannen (und mit alternativen Angeboten zu ersetzen) oder sie zumindest strengeren Regulierungen zu unterstellen. Zusätzlich braucht es klare Vorgaben für unsere Kommunen. Denn nur wenn digitale Güter als Gemeingüter anerkannt werden und dementsprechend alle Codes, Algorithmen und Prozesse offengelegt, einsehbar und mitgestaltbar sind, können wir alle gemeinsam die technologische Entwicklung beeinflussen.

Common City - digitale Stadt für alle

Sind diese grundlegenden Weichenstellungen gemacht, können wir die „Smart City“ neu denken, nämlich als eine „Common City“, die digitale Möglichkeiten in dem Sinne versteht, alle Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung ihrer Stadt zu beteiligen und diese bürgernahe Kommune nachhaltig und lebenswert für alle zu gestalten.


Für eine bürgernahe Stadt rückt ein alter Ausspruch wieder in den Mittelpunkt: Wissen ist Macht! Mit der Digitalisierung ist es so einfach wie nie, Wissen zu erzeugen und dieses allen zur Verfügung zu stellen. Dafür muss aber die Abhängigkeit von den großen Technologiekonzernen gebrochen werden, die dies bisher massiv blockieren. Dabei sollte gelten: public money, public code! ▶

Was aus Steuermitteln finanziert wird, sollte auch allen zugänglich sein. Denn ein offener Quellcode gibt die Möglichkeit, die Software zu testen, an die Gegebenheiten vor Ort anzupassen und zu erweitern. Ganz im Sinne der kollektiven Intelligenz.

Immer mehr Städte haben erkannt, dass dies sowohl Kosten einspart als auch die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen und gesellschaftliche Innovationen ermöglicht. Dennoch ist es oft nicht einfach, sich aus den Fängen der Big-Tech zu befreien (Log-in-Effekt). So ist beispielsweise Microsoft in deutschen Kommunen omnipräsent und bietet für die Verwaltung eine Komplettausstattung. Andere Systeme sind meist nicht kompatibel und ein Wechsel würde hohe Kosten verursachen. Dennoch verfolgen auch immer mehr deutsche Städte den OpenSource-Ansatz. So hat kürzlich Dortmund entschieden, komplett auf OpenSource umsteigen zu wollen. München will nach einigem hin und her auch wieder vermehrt auf OpenSource setzen. Und das „kleine“ Treuchtlingen - seit kurzem auch Mitglied bei Mehr Demokratie - fährt schon seit den 90ern umfänglich und sehr erfolgreich auf dieser Schiene.

Gerade in Zeiten, in denen digitale Instrumente und auch Künstliche Intelligenz (KI) in den öffentlichen Verwaltungen eine immer größere Rolle spielen, wird Transparenz immer wichtiger. Einer Black Box blindlings zu vertrauen, die wie von Zauberhand Ergebnisse auswirft, programmiert von Unternehmen, die ihrem Profit und nicht dem Gemeinwohl verpflichtet sind, wäre demokratischer Selbstmord.

Zentraler Rohstoff der Digitalisierung und Basis der KI sind die Daten. Diese werden in Smart Cities ständig und fast überall gesammelt und bestenfalls in Echtzeit ausgewertet. Aber erst wenn Akteure aus der Zivilgesellschaft,



Die Digitalisierung kann nämlich nicht nur vereinzeln, sondern auch Stimmen im Gewirr der Städte zusammenbringen, die sich sonst nicht finden würden.

Forschung und Wirtschaft freien Zugriff darauf haben, kann die Digitalisierung ihre wahre Stärke entfalten. So können Daten beim Kampf gegen Krankheiten helfen und ebenso bei der Früherkennung einer Pandemie. In den Städten Taiwans konnten so alle digital nachvollziehen, wo noch Schutzmasken vorrätig waren und Apotheken sich bei Mangel gegenseitig aushelfen. Dank einer App, die selbstorganisiert programmiert wurde und die offene Daten nutzte.

Als Vorbild weltweit gilt Barcelona, wo versucht wird den Weg zu einer Common City zu gehen. Ziel ist es dabei, die Daten gemeinschaftlich zu besitzen und selbst zu entscheiden, welche Daten wie genutzt werden dürfen. Damit würde sowohl dem Milliardengeschäft Big Data ein Riegel vorgeschoben als auch ein übergreifiger Überwachungsstaat verhindert.

An dieser Stelle entstehen aber erst die Potenziale, die es nun zu nutzen gilt. So konnten in Barcelona tausende Bürger und Bürgerinnen aktiviert werden, ihre Stadt mitzugestalten. Ebenso in Madrid. Dort sind mehr als 500.000 Menschen auf der städtischen Beteiligungsplattform „Consul“ angemeldet und es gab Beteiligungsprozesse mit hunderttausenden Menschen.

Die Utopie ist real - nur nicht überall

Die Digitalisierung kann nämlich nicht nur vereinzeln, sondern auch Stimmen im Gewirr der Städte zusammenbringen, die sich sonst nicht finden würden. Und sie kann einzelne Stimmen immer lauter werden lassen. So hat in Madrid eine Bürgerin über Consul das Projekt „Ein Ticket für alle Verkehrsmittel“ angestoßen, das vorher nie eine Mehrheit im Stadtrat gefunden hatte. Ihre Idee wurde erst von Zehntausenden unterstützt und erhielt bei der anschließenden Abstimmung eine Mehrheit von mehr als 90 Prozent.



WEITERE INFOS



Mönchengladbach (Consul)
mitmachen.moenchengladbach.de



Hamburg (Transparenzportal)
transparenz.hamburg.de



Madrid (consul)
decide.madrid.es



Barcelona (Daten-projekt)
ajuntament.barcelona.cat/imi/en/projects/decode

LITERATUR



Francesca Bria, Evgeny Morozov: **Smart Stadt neu denken**, 2019
www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Die_smartestadt_neu_denken_01.pdf

Sybille Bauriedl, Anke Strüver, 2019: **Smart City-Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten**

Diese Beispiele zeigen, was wir erreichen können, wenn wir die Digitalisierung als Hilfsmittel sehen und die Menschen in den Mittelpunkt stellen. Überall auf der Welt gibt es Orte, die sich von der Macht der Big-Tech lösen und einen anderen Politikstil einführen wollen. Allein Consul wird mittlerweile von mehr als 200 Städten weltweit genutzt. Auch in Deutschland wächst die Consul-Community immer stärker. Inzwischen sind es mehr als 20 große und kleinere Kommunen. Zudem haben wir in Deutschland mit Hamburg eine Stadt, die mit ihrer Transparenzplattform international Maßstäbe gesetzt hat und auch vielen Kommunen bundesweit als Vorbild gilt. Vor einigen Monaten wurde auch in Schleswig-Holstein ein Gesetz in den Landtag eingebracht, das ein starkes Augenmerk auf offene Daten, die Transparenz von Algorithmen und die Regulierung von KI legt.

Selbst in den anfänglich erwähnten Förderprogrammen ist mittlerweile OpenSource als wichtiger Baustein aufgenommen. Demnach sollten mehr als 70 Kommunen jetzt einen Schwerpunkt darauf legen. Diese Pflänzchen, die vermehrt zu blühen beginnen, gilt es nun zu pflegen und zu stärken. Unsere Städte werden das Feld sein, auf dem sich der weitere Verlauf der Digitalisierung mitentscheidet. Mit einer aktiven Zivilgesellschaft, Informationskampagnen und mit Hilfe der direkten Demokratie können wir viel erreichen. Erinnern wir uns, wie das Transparenzgesetz in Hamburg möglich wurde. Dank einer aktiven Zivilgesellschaft und einer Volksinitiative! /



Simon Strohmerger
 Projektleiter Consul.



Demokratie vollständiger denken

Wie wir Erkenntnisse über Resonanz,
Schwingung und Emotionen für unsere
politische Arbeit nutzen können

von Anne Dänner

Ich möchte Sie gerne auf eine kleine Entdeckungsreise mitnehmen. Wir machen einen Ausflug in eine Welt, die wir bei Mehr Demokratie (noch) nicht häufig betreten und bearbeiten: Die Welt der Gefühle, der Resonanz, des Unterbewusstseins, der Zu- und Abneigungen. Allgemeiner gesagt: Eine Reise in die Innenräume der Demokratie.

Resonanz und Demokratie

Die Journalistin und Autorin Ute Scheub erklärt in ihrem für Mehr Demokratie geschriebenen Büchlein „Demokratie - Die Unvollendete“ unsere Interaktionen im politischen Feld über Musik-Vergleiche. „Demokratie ist Musik mit anderen Mitteln“, sagt sie und beschreibt die Demokratie als einen gemeinsamen Klangkörper, bei dem es im Grunde darum geht, verschiedene Stimmen miteinander in Einklang zu bringen. Harmonie ist bei Ute Scheub allerdings nicht zu verwechseln mit Eintönigkeit - es geht also niemals um das Ausschalten ungewohnter oder unangenehmer Stimmen, sondern eher um den Versuch, einander zu hören und sich anzunähern.

Scheub stützt sich bei ihren Ausführungen u.a. auf den prominenten Soziologen und Politikwissenschaftler Hartmut Rosa. Mit seinem Buch „Resonanz“ hat er die Idee von einem gelingenden Leben als interaktives und dialogisches Verbundesein von Menschen untereinander und zur Welt bekannt gemacht. Wie bringt uns diese Vorstellung in der Demokratie-Arbeit weiter? Rosa beschreibt den Kern des Politischen aktuell als geprägt von Feindschaft, Gegensatz und Machtkampf. Ein Konsens wird in der Regel nur als Verschleierung unterschiedlicher Interessen gesehen, nicht als ein echtes Aufeinander-Zugehen. Doch die Art unseres Weltbezugs kann auch anders sein als zurückweisend oder indifferent gegenüber anderen Positionen. Eine resonante Politik würde bedeuten: Es geht nicht um die Frage „Wer bestimmt ...?“ (Personalien), sondern um die Frage „Wie wollen wir unsere Welt gestalten?“ (Sachfragen). Der Kern des Politischen wäre dann nicht mehr der Machtkampf, sondern die gemeinsame Gestaltung, bei der in einer Demokratie alle eine gleichwertige Stimme haben.

Voraussetzungen: Berührbarkeit, Zuwendung, Veränderbarkeit

Rosa beschreibt drei wichtige Merkmale eines resonanten Weltbezugs: 1. Wir müssen berührbar, „anrufbar“ sein: Im normalen Abarbeitungs-Modus können und wollen wir keine neuen Impulse von außen aufnehmen. 2. Resonanz bedeutet, dem anderen entgegenzugehen, zu antworten, sich emotional auf etwas einzulassen. Ich bewege mich und bin nicht fixiert und erfahre dabei Selbstwirksamkeit und Kontakt. 3. Durch Resonanz werden alle Beteiligten verändert, es kann etwas Neues entstehen.

Kommt Ihnen das aus ihrem Leben und Arbeiten bekannt vor? Das Resonanzkonzept hat starke Berührungspunkte mit der Arbeit von Mehr Demokratie. Ganz praktisch schafft der Verein Verfahren und Räume, die den Austausch ermöglichen. Wir setzen auf Konzepte, die den Kampf durch das Gespräch und das Ringen um bessere Lösungen im Sinne des Gemeinwohls ersetzen.

Eine entscheidende Erkenntnis bei Rosa ist, dass sich Resonanz nicht erzwingen lässt. Man kann günstige Bedingungen schaffen, aber jede Art von Kontrollbedürfnis („Bei diesem Treffen muss xy herauskommen“) kann Resonanz sogar verhindern. Das gleiche gilt für Angst oder Wettbewerbssituationen. So betrachtet überrascht es nicht, dass aktuelle politischen Formate - etwa Plenardebatten oder Talkshows - viele Menschen eher unbefriedigt zurücklassen. Mehr Demokratie kann hier Denkanstöße liefern und Alternativen anbieten. Die gelosten Bürgerräte oder Online-Formate, in denen Abgeordnete mit Bürgerinnen und Bürgern zusammentreffen, sind erste Ansätze. Und auch direktdemokratische Initiativen, besonders die Gespräche mit ganz unterschiedlichen Menschen auf der Straße, funktionieren durch Resonanz.

Fakten sind wichtig, aber nicht ausreichend

Die Frage „Wie kann Austausch und Kommunikation gelingen?“ steht für einen Verein wie Mehr Demokratie zwangsläufig im Zentrum der Arbeit. Denn Demokratie basiert auf Kommunikation, auf einer Verständigung gerade auch zwischen Nicht-Gleichgesinnten. Demokratie ist ein niemals endendes Gespräch. Nun könnte man es dabei bewenden lassen, Fakten mitzuteilen und zu analysieren und auf rein rationale Botschaften zu setzen - auch das wäre ja ein Gespräch. Meine Erfahrung ist allerdings, dass wir dabei an unsere Grenzen stoßen. Denn es genügt offenbar nicht, vernünftige Argumente zu haben, um jemanden von einer Idee zu überzeugen. Wie sonst wäre es zu erklären, dass die Ablehnung der direkten Demokratie noch immer mit der Angst vor Einführung der Todesstrafe, den „schlechten Weimarer Erfahrungen“ oder den angeblichen Volksabstimmungs-Erfolgen von radikalen politischen Strömungen begründet wird, obwohl all das durch Daten und Fakten widerlegbar ist? Offenbar spielen hier auch nicht offensichtliche Aspekte, kollektive Erzählungen, wahrscheinlich auch Traumata (also nicht-verarbeitete Negative Erlebnisse) und Ängste eine Rolle.

Phänomene, die nicht rein rational erklärbar sind, können jedoch unsere Arbeit nicht nur blockieren, sondern auch voranbringen, wenn wir es schaffen, emotionale Beziehungen und Dynamiken systematisch mit einzubeziehen. So haben wir im letzten Jahr in unserem neuen Bereich „Deepening Democracy“ mit Politikfeldaufstellungen hilfreiche Thesen und Erklärungsansätze über die Demokratie gewonnen. Teil- ▶

EXKURS Resonanz und Schwingung: Mehr als esoterisches Geschwurbel?

Wer über Innenräume und Resonanz spricht, ist auch schnell bei Themen wie Aufeinander-Einstimmen oder Verbundenheit und damit in einem Bereich, der über unsere gewohnt rationalen Denkkategorien hinausgeht. Resonanz hat einerseits mit körperlichem Austausch, also z.B. Ton-Erzeugen und Gehört-Werden zu tun, kann darüber hinaus aber auch als innerliche Verbindung, eine Art Einklang oder gemeinsame Schwingung verstanden werden. Da allein beim Begriff „Schwingung“ häufig das Esoterik-Verdachts-Schwert gezogen wird, mache ich hier einen kleinen Abstecher in die Quantenphysik. Dabei stütze ich mich auf die allgemeinverständlichen Erklärungen des bekannten Astrophysikers, Naturphilosophen und Wissenschaftsjournalisten Harald Lesch. Der Satz „Alles schwingt“ trifft es demnach ganz gut.

Nach der Logik der Physik – so erklärt es Lesch in seinem Vortrag – müssten Atome und Materie nämlich eigentlich in sich zusammenfallen, da die Elektronen durch die Gravitation des viel schwereren Atomkerns quasi eingesogen werden müssten. Warum passiert das nicht? Lesch nennt hier einige für die Quantenphysik wichtige Erkenntnisse wichtig:

1. Planck/Einstein: Energie wird in Portionen/Quanten abgegeben und ist somit selbst eine Welle und keine Konstante. 2. Heisenberg: Die aller-kleinsten Teilchen können nicht beobachtet werden, ohne dass sie dadurch verändert werden. Denn das dazu nötige Licht würde durch seine Frequenz wiederum das Geschehen in den Atomen beeinflussen. 3. Einstein: Energie und Masse entsprechen einander. Offenbar ist es so, dass sich Teilchen/Materie auf der kleinsten Ebene zugleich verhalten wie Wellen. Sie schwingen, sind nicht genau lokalisierbar, sie sind zugleich Bewegung und Energie. Somit ist das, was wir im Atom messen, nur zu einem ganz kleinen Anteil Materie, der Rest ist Bindungsenergie – also beweglich, nicht klar fixierbar, bei Spaltung freisetzbar.

Schwingung ist ein Grundprinzip unserer Existenz

In unserem Alltag erfahrbar erleben wir Schwingung zum Beispiel als Klang. Akustische Schwingung versetzt die Flüssigkeit in unserem Körper in Bewegung und beeinflusst bestimmte Areale im Gehirn. Klänge und Musik sind universell bedeutsam und verständlich. Seit Beginn der Menschheitsgeschichte erschaffen Menschen komplizierte

Muster aus Schallwellen. Was einem „gefällt“ und vertraut ist, ist natürlich kulturell und individuell erlernt. Bestimmte Klänge wirken trotzdem auf alle ähnlich, denken wir an Hilferufe, Gefahrensignale, Meeresrauschen, Kinderlachen. Klang funktioniert unabhängig von Sprache und Intellekt, selbst dann, wenn der Geist noch nicht oder nicht mehr so funktioniert wie wir es gewohnt sind. Klang und Musik bedienen offenbar uralte emotionale Bedürfnisse. Und es ist nachweisbar, dass sich Musik auf die Gehirnaktivität auswirkt, so ist z.B. beim Hören von „Lieblingsmusik“ das Belohnungszentrum im Gehirn aktiviert. Ihre positiven Auswirkungen werden daher mittlerweile auch medizinisch, therapeutisch, pädagogisch genutzt, etwa bei Entwicklungsverzögerungen von Kindern oder um demente Menschen zu erreichen. Und – hier wird es spannend für die Demokratiearbeit – Klänge können auch genutzt werden, um ein Gemeinschaftsgefühl und Gruppenenergie zu erzeugen (Konzerte, Hymnen, Demo-Slogans), um ein Gefühl der Verbundenheit und Ganzheitlichkeit zu schaffen oder eben auch, um aggressive oder angstvolle Stimmung zu erzeugen.

nehmerinnen und Teilnehmer repräsentierten dabei Elemente wie „die Wählenden“, „die Gewählten“, „Bürgerbeteiligungsverfahren“ etc., sprachen und bewegten sich stellvertretend für diese. Mit Hilfe dessen und durch ein neu entwickeltes Verfahren, bei dem ganz unterschiedliche Menschen an der Auswertung beteiligt waren, konnten wir vorher eher diffuse Wahrnehmungen in konkrete Thesen und Fragen fassen. Eine Erkenntnis war beispielsweise: „Könnte es sein, dass auch wir als Zivilgesellschaft zur aktuellen Starre im System beitragen, indem wir schlecht über die Politikerinnen und Politiker denken und reden?“ Dies ist nur ein Beispiel, wie demokratische Innenräume erforscht werden können. Ein weiteres Experiment 2021 war das Projekt „Climate Crisis? Stop and listen!“, für das Positionen in Zusammenhang mit der Klimakrise in Musik „übersetzt“ und so auch emotional zugänglicher wurden. Für Ende April ist die gemeinsame Erforschung der gesellschaftlichen Polarisierung in der Coronakrise geplant (siehe S. 26)

Wo kann die Reise hingehen?

Wenn wir Räume des Zuhörens und Ringens um neue Lösungen schaffen, hilft es, die Erkenntnisse über Resonanz, emotionale und nicht verstandesmäßig gesteuerte Dimensionen mit einzubeziehen. Zuhören bedeutet dann auch, hinter die Worte zu hören und offen für das zu sein, was das Gegenüber außer faktischen Argumenten noch bewegt. Denn wenn die nicht-rationalen und nicht-offensichtlichen Aspekte ausgeblendet werden, bleibt der Austausch halbherzig – und eigentlich auch „halbhirnig“, denn Emotionen, Gedanken, Gefühle sind mit der Hirnaktivität verknüpft. Ein Beispiel wäre, wenn Menschen aus einer Wut- oder Angsthaltung heraus sprechen oder durch irgendetwas, das nicht klar benannt wird, „getriggert“ sind – es entsteht dann keine wirkliche Lösung, sondern höchstens ein Überdecken von Gegensätzen.

Es zeichnet sich ab, dass Mehr Demokratie aus diesen Erkenntnissen heraus – und zusätzlich zu unseren Argumenten, Daten und Fakten – verstärkt auch neue Kulturtechniken aus-

probieren wird, um zu einer vollständigen Kommunikation und Demokratie zu kommen. Erste Ansätze gibt es bereits, zum Beispiel mit den oben beschriebenen Politikfeldaufstellungen oder dem Projekt „Climate Crisis? Stop and listen!“. Auch in unseren Besprechungen nutzen wir gelegentlich schon Körperübungen, Klang- und Spürübungen und den Austausch über Befindlichkeiten oder auftretende Störungen. Dabei geht es nicht darum, das Faktische über Bord zu werfen, sondern eher darum, die Verbindung von Geist, Körper und Seele auch in die demokratische Arbeit hineinzunehmen.

So - das war eine erste Reise durch ungewohntes Terrain. Kommen wir nochmal auf den Boden der täglichen Mehr Demokratie-Arbeit.

Was heißt das für die Arbeit von Mehr Demokratie?

Wir planen Kampagnen und Aktionen mit Blick auf das, was wir erreichen wollen (neue Regelungen und Gesetze), legen Argumentationen und Forderungen zurecht. Das ist gut so! Aber vielleicht brauchen wir auch zusätzlich Fragen wie: „Wie fühlt sich das Gegenüber mit dieser Forderung? Welcher Rahmen passt, damit sich z.B. Politikerinnen und Politiker überhaupt gedanklich öffnen und nicht alles gleich als lästige Arbeiterschwernis abtun? An welche Werte und Grundstimmungen können wir appellieren, die wir vielleicht sogar teilen?“

Mehr Demokratie hat lange Zeit vor allem konfrontative Kampagnen gefahren und tut das auch noch, oft mit Erfolg. Doch gerade bei bundesweiten Volksabstimmungen, dem Herzensthema, blieb der bundesweite Durchbruch aus. Eine Mehrheit der Bevölkerung ist durchgehend für mehr direkte Demokratie, aber die Politik tut sich nach wie vor damit schwer. Mit den Bürgerräten, bei denen Politikerinnen und Politiker von Anfang an eng eingebunden waren, hat der Verein dagegen offene Türen eingerannt und weitere geöffnet. Nun stehen Bürgerräte im Koalitionsvertrag - keine drei Jahre, nachdem man auf Bundesebene damit angefangen hat, sie überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Schaut man auf die Befindlichkeiten/Innenräume der Politik, ist das vielleicht gar nicht so überraschend: Bürgerräte kommen weniger als Konfrontation und Angriff auf die eigene Machtposition daher als Volksabstimmungen. Daher ist es leichter, sich erstmal dafür zu öffnen. Die Hoffnung ist, dass Vertrauen auf beiden Seiten wächst - letztlich sind wir alle Menschen, die ihre Interessen im Blick haben und über deren Ausgleich verhandeln müssen. Wenn diese Basis da ist, sind auch Entscheidungen/Abstimmungen, die nicht im eigenen Sinne ausgehen, leichter zu verkraften, für Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für Politikerinnen und Politiker.

Es kommt nicht nur darauf an, was wir fordern, sondern auch wie, in welchem Tonfall und mit welcher inneren Haltung wir es tun. Je bewusster wir uns sind, dass es nicht nur ein „Außen“ von Strukturen, Gesetzen und Institutionen gibt, sondern auch ein „Innen“ von Vorstellungen, Gefühlen, Prägnungen, Traumata, Hoffnungen und nicht zuletzt auch Kör-

i

DEEPENING DEMOCRACY
 Mit diesem Projekt versuchen wir, Emotionen, Kommunikations- und Denkmuster, die demokratische Prozesse beeinflussen, sichtbar und benennbar zu machen. 2020/21 haben wir, nach dem Prinzip der Systemaufstellungen, mit Politikfeldaufstellungen begonnen. Indem Menschen Elemente wie z.B. „die Gewählten“, „die Bevölkerung“, „direkte Demokratie“ verkörpern, konnten wir neue Erkenntnisse über psychologische Aspekte in der Demokratiediskussion gewinnen. Nun helfen wir einzelnen Initiativen, ihr Arbeitsfeld besser zu verstehen und neue Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.



Webseite zu
Deepening Democracy



Aufzeichnung der Veranstaltung
„Climate Crisis? Stop and listen!“



Harald Lesch zu Quantenphysik



Hartmut Rosa zu Demokratie in der Krise



Ein ausführlicher Vortrag zum Thema Klang und Resonanz (über den Mehr Demokratie-Kontext hinausgehend) mit Links und Literaturangaben.

perempfindungen, desto erfüllender und erfolgversprechender wird unsere Arbeit. Schon allein deshalb lohnt sich die Beschäftigung mit demokratischen Innenräumen. Doch es geht weit darüber hinaus. Mit den demokratischen Innenräumen schaffen wir Möglichkeitsräume und finden neue Antworten für die großen Herausforderungen unserer Zeit. /



Anne Dänner
 Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit bei Mehr Demokratie.




**WIR
WOLLEN
MEHR!**

Seit mehr als 30 Jahren bringt Mehr Demokratie die direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung voran und kümmert sich um Transparenz und ein faires Wahlrecht.

Das Gespräch ist das Herz der Demokratie. Wir reden mit Menschen auf der Straße, in Initiativen und in der Politik.

Unsere Überzeugung ist, dass Menschen fähig sind, frei, selbstbestimmt und in Respekt miteinander zu leben und gemeinwohlorientiert mitzubestimmen. Mit mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie kann es gelingen, die gegenwärtigen Herausforderungen zu meistern und die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Bei uns können Sie mitmachen!

 facebook.com/mehrdemokratie
 twitter.com/Volksentscheid
 instagram.com/mehr_demokratie

info@mehr-demokratie.de
Tel. 030-42 08 23 70
www.mehr-demokratie.de



**MEHR
DEMOKRATIE**